

Übersicht

über die vom Planungsausschuss in seiner Sitzung am 25.11.2015 gefassten Beschlüsse:

Öffentliche Sitzung

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Ergebnis (Kurzfassung)	Beschl.- Nr.
1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	Der Planungsausschuss erkannte die Tagesordnung einstimmig an.	45/15
2.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.9.2015	Der Planungsausschuss erkannte die Niederschrift einvernehmlich an.	46/15
3.	Bericht über die Ausführung der in der Sitzung vom 16.9.2015 gefassten Beschlüsse -öffentlicher Teil-	Der Planungsausschuss nahm zustimmend Kenntnis.	
4.	Bebauungsplan Nr. 10/9 Grundstücksbereich der ehemaligen belgischen Schule und des ehemaligen evangelischen Kindergartens im Bereich Goethestraße, Schillerstraße und der Straße Am Brungshof am Rand des Siegburger Zentrums <ul style="list-style-type: none"> • Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen • Satzungsbeschluss 	Der Planungsausschuss empfahl dem Rat, die Stellungnahmen wie dargestellt zu behandeln, sich mit der Planbegründung einverstanden zu erklären und den Bebauungsplan als Satzung zu beschließen.	47/15
5.	Bebauungsplan Nr. 61/3 Feuerwehrhaus Kaldauen/Stallberg Plangebiet: ehemaliger Kirmesplatz Kaldauen nordöstlich der Hauptstraße im Stadtteil Kaldauen <ul style="list-style-type: none"> • Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes • Beschluss zur Durchführung im beschleunigten Verfahren • Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung 	Der Planungsausschuss beschloss die Einleitung des Aufstellungsverfahrens mit dem Ziel, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung eines Feuerwehrhauses zu schaffen, den Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufzustellen und beauftragte die Verwaltung mit der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit.	48/15
6.	Flächennutzungsplan, 72. Änderung Wohngebiet "Antoniusweg" Bereich zwischen der Straße Im Spargelfeld, dem Antoniusweg und der Liebfrauenkirche im Stadtteil Kaldauen <ul style="list-style-type: none"> • Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen • Feststellungsbeschluss 	Der Planungsausschuss empfahl dem Rat der Behandlung der Stellungnahmen zuzustimmen, die Änderung des Flächennutzungsplanes zu beschließen und die Verwaltung mit der Beantragung der Genehmigung der Änderung	49/15

Niederschrift über die Sitzung des Planungsausschusses der Kreisstadt Siegburg am 25.11.2015

		des Flächennutzungsplanes zu beauftragen.	
7.	Bebauungsplan Nr. 64/3 Wohngebiet "Antoniusweg" Bereich zwischen der Straße Im Spargelfeld, dem Antoniusweg und der Liebfrauenkirche im Stadtteil Kaldauen <ul style="list-style-type: none"> • Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen • Satzungsbeschluss 	Der Planungsausschuss empfahl dem Rat die Stellungnahmen wie dargestellt zu behandeln, sich mit der Planbegründung einverstanden zu erklären und den Bebauungsplan als Satzung zu beschließen.	50/15
8.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 12/1 Wohnanlage "Wohnen am See" Bereich westlich der Bernhardstraße, zwischen den Straßen An den Seeswacholdern und Am Brungshof am nördlichen Rand des Siegburger Zentrums <ul style="list-style-type: none"> • Sachstand 	Der Planungsausschuss nahm zustimmend Kenntnis.	
9.	Integriertes Handlungskonzept – IHK <ul style="list-style-type: none"> • Sachstand 	Der Planungsausschuss nahm zustimmend Kenntnis.	
10.	Landesentwicklungsplan (LEP) <ul style="list-style-type: none"> • Sachstand 	Der Planungsausschuss nahm zustimmend Kenntnis.	
11.	Zustand der Gehwege rund um den Michaelsberg <ul style="list-style-type: none"> • Anfrage der SPD-Fraktion vom 11.10.2015 	Der Planungsausschuss nahm Kenntnis.	
12.	Verkehr und Mobilität		
12.1.	Bewohnerparken <ul style="list-style-type: none"> • Gesamtkonzept 	Der Planungsausschuss nahm zustimmend Kenntnis.	
12.2.	Plan für einen barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen und für die Errichtung von Wartehäuschen an allen Bushaltestellen <ul style="list-style-type: none"> • Zwischenergebnisse zu weiteren ausgewählten Haltestellen in Bezug auf das Schreiben der Liberalen Senioren vom 26.2.2013 	Der Planungsausschuss nahm Kenntnis.	
12.3.	Sonstiges	Es wurde ein Thema erörtert.	
13.	Flüchtlingsunterkünfte <ul style="list-style-type: none"> • Sachstand 	Der Planungsausschuss nahm Kenntnis.	

Niederschrift über die Sitzung des Planungsausschusses der Kreisstadt Siegburg am 25.11.2015

14.	Entwicklung der Abtei • Sachstand	Der Planungsausschuss nahm Kenntnis.	
15.	Städtebauliche Projekte und aktuelle Bauvorhaben • Sachstand	Der Planungsausschuss nahm Kenntnis.	
16.	Huma Erweiterung, Sankt Augustin • Sachstand	Der Planungsausschuss nahm Kenntnis.	
17.	Bekanntgaben der Verwaltung	Es erfolgten keine Bekanntgaben.	
18.	Verschiedenes	Es wurden drei Themen erörtert.	
19.	Einwohnerfragestunde	Es wurden zwei Fragen beantwortet.	

Niederschrift

über die vom Planungsausschuss in seiner Sitzung am 25.11.2015 gefassten Beschlüsse:

Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	20:03 Uhr
Ort der Sitzung:	Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

Stellvertretender Vorsitz

Herr Prof. Dr. Norbert Krudewig SPD

Ratsmitglieder CDU

Herr Jürgen Becker CDU
 Herr Alexander Bermann CDU
 Herr Prof. Dr. Norbert Krudewig CDU
 Frau Ursula Muranko CDU
 Herr Guido Odenthal CDU
 Herr Tomas Salcedas CDU
 Herr Eckhard Schwill CDU
 Herr Lazaros Tsapanidis CDU
 (für: Herrn Detlef Krause)

Sachkundige Bürger CDU

Herr Peter Achnitz CDU
 Herr Wilhelm Grewe (für: Herrn Lothar Quast) CDU
 Herr Horst Janoschek (für: Herrn Erich Nießen) CDU
 Herr Josef Kellers CDU
 Herr Karl Kierdorf CDU
 Herr Martin Rosorius CDU

Ratsmitglieder SPD

Herr Martin Kantuzer SPD
 Herr Michael Keller SPD
 Herr Ömer Kirli (für Herrn Frank Sauerzweig) SPD
 Herr Oliver Schmidt SPD
 Herr Lothar Stauch SPD

Sachkundiger Bürger SPD

Herr Marcus Diederich SPD

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Dieter Haas FDP

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Charly Halft GRÜNE
 Herr Hans-Werner Müller GRÜNE

Sachkundige Bürger Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Christoph Holst GRÜNE
 Herr Edmund Stanton GRÜNE

Ratsmitglied DIE LINKE

Herr Raymund Schoen DIE LINKE

Ratsmitglied ALFA

Herr Jörg Dastler ALFA

Beratendes Mitglied

Herr Dr. Helmut Fleck Volksabstimmung

Entschuldigt:

Ratsmitglied CDU

Herr Detlef Krause (Vertreter: Herr Lazaros Tsapanidis) CDU

Sachkundige Bürger CDU

Herr Erich Nießen (Vertreter: Horst Janoschek) CDU
 Herr Lothar Quast (Vertreter: Herr Wilhelm Grewe) CDU

Ratsmitglied SPD

Herr Frank Sauerzweig (Vertreter: Herr Ömer Kirli) SPD

Beratendes Mitglied

Herr Zeljko Barisic Mitglied Integrationsrat

Verwaltung:

Herr Bürgermeister Franz Huhn
 Frau Barbara Guckelsberger
 Herr Stephan Marks
 Herr Jochen Döring
 Frau Elisabeth Hertel
 Frau Vera Lansmann
 Herr Christian Rutkowski

Niederschrift über die Sitzung des Planungsausschusses der Kreisstadt Siegburg am 25.11.2015

Zusätzlich zur Tagesordnung wurden als Nachträge behandelt:

Sonstiges: (z.B. Sitzungsunterbrechung)

Öffentliche Sitzung

TO-Punkt	Beratungsgegenstand	Dienststelle
1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	III / 61

Der Stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Herr Prof. Dr. Krudewig**, begrüßte alle Anwesenden und informierte den Ausschuss, dass sich Herr Ausschussvorsitzender Sauerzweig aus beruflichen Gründen entschuldigt habe. Er eröffnete die 6. Sitzung des Planungsausschusses und stellte fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig sei.

Der Planungsausschuss erkannte die Tagesordnung einvernehmlich an.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	26
Nein:	0
Enthaltung:	0

2.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.9.2015	III / 61
-----------	---	-----------------

Herr Kirli, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass seines Erachtens nach der Planungsausschuss in der Sitzung am 16.9.2015 zu Nachtrag Nr. 4, Einführung eines Jugendtaxi in Siegburg, Antrag der SPD-Fraktion vom 10.9.2015, einen Beschluss gefasst habe. Dieser sei jedoch nicht in der Niederschrift enthalten.

Herr Bürgermeister Huhn führte aus, dass er aus der Diskussion heraus zugesagt habe, dass die Verwaltung die Erfahrungen aus Sankt Augustin einholen und in einem Ausschuss berichten werde.

Herr Stellvertretender Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Krudewig stellte fest, dass sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder dem anschließe.

Der Planungsausschuss erkannte die Niederschrift einvernehmlich an.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	27
Nein:	0
Enthaltung:	0

Niederschrift über die Sitzung des Planungsausschusses der Kreisstadt Siegburg am 25.11.2015

3.	Bericht über die Ausführung der in der Sitzung vom 16.9.2015 gefassten Beschlüsse -öffentlicher Teil-	61
-----------	--	-----------

Der Planungsausschuss nahm Kenntnis.

4.	Bebauungsplan Nr. 10/9 Grundstücksbereich der ehemaligen belgischen Schule und des ehemaligen evangelischen Kindergartens im Bereich Goethestraße, Schillerstraße und der Straße Am Brungshof am Rand des Siegburger Zentrums • Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen • Satzungsbeschluss	61
-----------	--	-----------

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, ob es zutreffend sei, dass bereits vor Beschluss des Bebauungsplanes mit einem Bauvorhaben begonnen worden sei und welche Flächen für die Öffentlichkeit vorgesehen seien. Seine Fraktion habe sich eine andere Flächenaufteilung gewünscht und werde sich daher enthalten.

Frau Guckelsberger verdeutlichte auf der Projektion die für die Öffentlichkeit vorgesehene Fläche und führte aus, dass ein Bauvorhaben bereits genehmigt und begonnen worden sei; weitere Baugenehmigungsanträge lägen vor. § 33 Baugesetzbuch biete die Möglichkeit, auch vor Beschluss des Bebauungsplanes Baugenehmigungen zu erteilen, sofern der Bauantrag den Vorgaben des zukünftigen Bebauungsplanes entspreche. Im vorliegenden Fall sei dies so.

Herr Schoen, Fraktion DIE LINKE, fragte, ob bei den Bauvorhaben Regenwasserversickerungen vorgesehen seien.

Frau Guckelsberger sagte eine Beantwortung zur Niederschrift zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Die bis dato vorliegenden Bauanträge sehen keine Regenwasserversickerung vor.

Der Planungsausschuss empfahl dem Rat der Stadt folgende Beschlüsse:

1. Der Rat der Stadt beschließt nach Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander, die im Laufe des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 10/9 vorgebrachten Stellungnahmen, wie unter Punkt 2 des Sachverhalts dargestellt, zu behandeln.
2. Der Rat der Stadt erklärt sich mit der zum Satzungsbeschluss vorliegenden Begründung zum Bebauungsplan Nr. 10/9 einverstanden.
3. Der Rat der Stadt beschließt den Bebauungsplan Nr. 10/9 mit der zugehörigen Begründung gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	22
Nein:	0
Enthaltung:	5

5.	Bebauungsplan Nr. 61/3 Feuerwehrhaus Kaldauen/Stallberg Plangebiet: ehemaliger Kirmesplatz Kaldauen nordöstlich der Hauptstraße im Stadtteil Kaldauen <ul style="list-style-type: none"> • Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes • Beschluss zur Durchführung im beschleunigten Verfahren • Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung 	61
-----------	--	-----------

Herr Schoen, Fraktion DIE LINKE, wies auf die Möglichkeit einer Dachbegrünung und einer Regenwasserversickerung, beispielsweise durch unversiegelte Parkplätze, hin und erkundigte sich, ob bereits Untersuchungen hinsichtlich dem Vorkommen von Fledermäusen vorgenommen werden seien.

Frau Guckelsberger führte aus, dass das Verfahren mit dem Beschluss des Planungsausschusses erst begonnen würde; die Anregungen würden bei den weiteren Planungen geprüft.

Herr Dastler, ALFA-Fraktion, wies darauf hin, dass der Parkplatz befestigt sein müsse für den Fall, dass er auch zu Übungszwecken der Feuerwehr genutzt werde.

1. Der Planungsausschuss beschloss für die im Übersichtsplan markierte, rund 3.600 qm große Fläche (Gemarkung Braschoss, Flur 16) die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 61/3 gem. § 2 Abs. 1 BauGB mit dem Ziel, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung eines Feuerwehrhauses zu schaffen.
2. Der Planungsausschuss beschloss, den Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufzustellen. Die Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB entfällt. Der Flächennutzungsplan wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung ohne förmliches Verfahren angepasst.
3. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit dem Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 61/3 die frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	27
Nein:	0
Enthaltung:	0

6.	Flächennutzungsplan, 72. Änderung Wohngebiet "Antoniusweg" Bereich zwischen der Straße Im Spargelfeld, dem Antoniusweg und der Liebfrauenkirche im Stadtteil Kaldauen <ul style="list-style-type: none"> • Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen • Feststellungsbeschluss 	61
-----------	--	-----------

Der Planungsausschuss empfahl dem Rat der Stadt folgende Beschlüsse:

1. Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der im Laufe des Verfahrens zur 72. Änderung des Flächennutzungsplanes vorgebrachten Stellungnahmen, wie unter Punkt 2 der Beschlussvorlage dargestellt, zu.
2. Der Rat der Stadt beschließt die 72. Änderung des Flächennutzungsplanes und billigt die zum Feststellungsbeschluss vorliegende Begründung (§ 5 Abs. 5 BauGB).
3. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Genehmigung der 72. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 6 Abs. 1 BauGB zu beantragen.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	27
Nein:	0
Enthaltung:	0

7.	Bebauungsplan Nr. 64/3 Wohngebiet "Antoniusweg" Bereich zwischen der Straße Im Spargelfeld, dem Antoniusweg und der Liebfrauenkirche im Stadtteil Kaldauen <ul style="list-style-type: none"> • Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen • Satzungsbeschluss 	61
-----------	--	-----------

Der Planungsausschuss empfahl dem Rat der Stadt folgende Beschlüsse:

1. Der Rat der Stadt beschließt nach Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander, die im Laufe des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 64/3 vorgebrachten Stellungnahmen, wie unter Punkt 2 des Sachverhalts dargestellt, zu behandeln.
2. Der Rat der Stadt erklärt sich mit der zum Satzungsbeschluss vorliegenden Begründung zum Bebauungsplan Nr. 64/3 einverstanden.
3. Der Rat der Stadt beschließt den Bebauungsplan Nr. 64/3 mit der zugehörigen Begründung gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

AE: Einstimmiger Beschluss

Ja:	27
Nein:	0
Enthaltung:	0

8.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 12/1 Wohnanlage "Wohnen am See" Bereich westlich der Bernhardstraße, zwischen den Straßen An den Seeswacholdern und Am Brungshof am nördlichen Rand des Siegburger Zentrums • Sachstand	III / 61
----	--	----------

Frau Guckelsberger informierte den Planungsausschuss über den aktuellen Sachstand:

Die Planungen des Investors seien noch nicht abgeschlossen; auf Grundlage von vier Mehrfamilienhäusern wurde die Planung weiter entwickelt und Gutachten in Auftrag gegeben. Die aktuelle Planung berücksichtige die Erfordernisse der Gutachten zum Natur- und Landschaftsschutz, Artenschutz und Schallschutz. Insbesondere der Schutz eines Kammmolchvorkommens sei berücksichtigt worden. So enthalte die aktuelle Planung Flächen zur Nutzung durch die zukünftigen Eigentümer und Flächen, die mit Restriktionen belegt seien, dem Artenschutz dienen würden und nicht genutzt werden dürfen. Für diese Flächen müsse der Investor eine 30-jährige pflegerische Betreuung zur Erhaltung der vorhandenen Arten sicherstellen. Der Investor gehe davon aus, bis zur nächsten Sitzung des Planungsausschusses einen vollständigen Bebauungsplanentwurf vorlegen zu können.

Auf Nachfrage von **Herrn Dastler**, ALFA-Fraktion, ob die Kosten der pflegerischen Unterhaltung durch den Investor zu tragen seien; erklärte **Frau Guckelsberger**, dass dies durch eine komplexe Vereinbarung zu regeln sei.

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, ob die nun angestrebten vier Häuser durch den Wegfall des fünften Hauses größer geplant seien und das Problem der Zufahrt gelöst worden sei.

Frau Guckelsberger führte aus, dass die Häuser nun geringfügig größer geplant seien und die Zufahrt ausschließlich über die Bernhardstraße erfolgen werde.

Herr Haas, FDP-Fraktion, begrüßte die geplante räumliche Trennung von „Flora / Fauna“ und „Mensch“.

Herr Stauch, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass der Investor die zukünftigen Eigentümer dazu bringen müsse, die Kosten der Pflege für einen für sie nicht nutzbaren Teil des Grundstückes zu tragen.

Frau Guckelsberger erklärte, dass dies regelmäßig bei Bebauungsplänen so sei, beispielsweise bei der Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen.

Herr Becker, CDU-Fraktion, ergänzte, dass dies die Bundes- und Landesgesetzgebung so vorsähe. Der Ablauf der Pflege der nicht nutzbaren Flächen müsse mit dem Rhein-Sieg-Kreis abgestimmt werden.

Der Planungsausschuss nahm Kenntnis.

9.	Integriertes Handlungskonzept – IHK • Sachstand	61
-----------	---	-----------

Herr Marks stellte die Machbarkeit des Integrierten Handlungskonzeptes aus der Sicht der Städtebauförderung dar.

Hierzu seien neben der Teilnahme an einem thematisch passenden Seminar bei der Bezirksregierung Köln, Beratungsgespräche mit der Region Köln Bonn e.V. und mit der Deutschen Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft (DSK) geführt worden. Grundsätzlich sei der vom Bund zu verteilende Förderetat in Höhe von 260 Mio. € im Vergleich zu den interessierten Kommunen eher gering. Zudem sei stets eine 1/3-Finanzierung Bund-Land-Kommune vorgesehen. Für Siegburg würde folgendes Programm des Bundes in Betracht kommen: „Aktive Städte und Gemeinden“. Ziel dieses Programms sei, die zentralen Versorgungsbereiche, die durch Funktionsverluste, insbesondere gewerblicher Leerstand, bedroht oder betroffen seien, zu fördern. Voraussetzung für die Förderung sei ein Integriertes Handlungskonzept (IHK). Dies sei nach maßgeblicher Definition ein mehrjähriges strategisches Entwicklungskonzept für einen funktional zusammenhängenden Stadtbereich, das auf der Basis einer Bestandsanalyse eine Gesamtstrategie sowie Umsetzungsziele benenne.

Herr Keller, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass er unabhängig von den Fördermitteln keinen Nutzwert eines Integrierten Handlungskonzeptes erkennen könne und fragte, wie realistisch die Bewilligung von Fördermitteln sei.

Herr Kirli, SPD-Fraktion, ergänzte, dass Aspekte des sozialen Wohnungsbaues in ein Integriertes Handlungskonzept einfließen sollten.

Herr Marks wies darauf hin, dass das Thema Wohnen in einem Integrierten Handlungskonzept enthalten sei.

Herr Becker, CDU-Fraktion, führte aus, dass er sich städtische Bereiche für ein Integriertes Handlungskonzept vorstellen könne. Die Stadt Sankt Augustin plane mit Fördergeldern in Höhe von 30 Mio. €, die Verwaltung möge die tatsächliche Höhe möglichst in Erfahrung bringen.

Ergänzend bat **Herr Müller**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des Planungsausschusses die Höhe der Fördergelder in anderen Kommunen erfragen.

Der Planungsausschuss schloss sich dem von der Verwaltung vorgeschlagenen weiteren Verfahrensablauf, einen externen Fachvortrag zu dem Thema „Einsatz von Städtebaufördermitteln“ in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses abzuhalten, einvernehmlich an.

10.	Landesentwicklungsplan (LEP) • Sachstand	III / 61
------------	--	-----------------

Herr Marks führte aus, dass das Land NRW aktuell einen neuen Landesentwicklungsplan erstelle, den großmaßstäblichsten Plan in der landesweiten Planungshierarchie mit grundsätzlichen landesplanerischen Entwicklungsperspektiven. Der LEP beinhalte einen Katalog von verbindlichen „Zielen“ und abwägungsfähigen

„Grundsätzen“ der „Raumordnung“.

In der ersten Beteiligungsrunde seien beim Land NRW mehr als 10.000 Anregungen eingegangen, daher erfolge nun eine zweite Beteiligungsrunde bis Mitte Januar 2016. Als Tischvorlage sei vor der Sitzung eine aktuelle Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes NRW ausgeteilt worden. Darüber hinaus sei als Tischvorlage ein Schreiben der Bezirksregierung Köln zum Thema „Regionale Perspektiven für die Planungsregion Köln“ verteilt worden. Vor dem Hintergrund der Neuaufstellung des LEP wird auch die Regionalplanung neu ausgerichtet werden müssen. Sowohl der Entwurf des LEP, als auch die Broschüre der „Regionalen Perspektiven“ sind über entsprechende Links der Tischvorlagen abrufbar.

Anlässlich der ersten Beteiligungsrunde sei eine mit dem regionalen Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (rak) auf der Stellungnahme des Städte und Gemeindebundes NRW basierende abgestimmte Stellungnahme abgegeben worden. Diese Vorgehensweise sei auch für die zweite Beteiligungsrunde beabsichtigt.

Der Planungsausschuss stimmte der beabsichtigten Vorgehensweise einvernehmlich zu.

Anlage 1: Stellungnahme zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes der Kreisstadt Siegburg

11.	Zustand der Gehwege rund um den Michaelsberg • Anfrage der SPD-Fraktion vom 11.10.2015	61
------------	---	-----------

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich mit Hinweis auf die aktuellen Schadensereignisse (Gesteinsabgänge) am Michaelsberg, in welcher Höhe Haushaltsmittel für die Sicherung des Michaelsberges im Jahr 2016 erforderlich seien; bislang seien keine Mittel für das Jahr 2016 vorgesehen.

Herr Marks führte aus, dass zum Zeitpunkt der Mittelanmeldungen das Herabrollen großer Felsbrocken nicht vorhersehbar gewesen sei. Die Verwaltung habe für die Haushaltsjahre 2017 bis 2019 jeweils Mittel in Höhe von 500.000 € beantragt.

Herr Bürgermeister Huhn wies darauf hin, dass Änderungen im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016 möglich seien.

Frau Guckelsberger erläuterte, dass für Sicherungsmaßnahmen zunächst geschätzte 600.000 € benötigt würden. Sobald der Rat diese Mittel bereitstelle, könne mit der Gesamtplanung begonnen werden. Das Problem von sich lösenden Felsbrocken werde durch die dichte Vegetation verstärkt. Auch bislang seien punktuelle Maßnahmen zur Sicherung des Michaelsberges durchgeführt worden, dies sei zukünftig nicht mehr ausreichend. Es müsse beispielsweise festgelegt werden, welche Wege auch weiterhin genutzt werden sollen und welche aufgegeben werden können.

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass die vorgesehene Maßnahme „Sanierung der Seufzerallee“ seines Erachtens nach verschoben werden könne.

Der Planungsausschuss nahm zustimmend Kenntnis.

12.	Verkehr und Mobilität	
12.1.	Bewohnerparken • Gesamtkonzept	KM

Frau Guckelsberger erläuterte den Zwischenstand der Überarbeitung des Bewohnerparkkonzeptes. Sie führte aus, dass die Basis des derzeitigen Bewohnerparkkonzeptes aus dem Jahr 1995 stamme. Seinerzeitiger Anlass waren eine enge Bebauung in der Innenstadt, ein hoher Parkdruck, Konflikte sowie die Bewirtschaftung von öffentlichem Parkraum. Es wurde in Anwohner-, Geschäfts- und sonstige Straßen unterschieden. Das Konzept enthielt damals den Auftrag an die Verwaltung, die weitere Entwicklung zu beobachten und das Konzept weiterzuentwickeln. Aktuell beschäftige sich die Verwaltung mit der Überarbeitung des Bewohnerparkkonzeptes.

Für die Einrichtung von Bewohnerparkbereichen seien u.a. folgende rechtliche und tatsächliche Voraussetzungen zu erfüllen: Mangel an privaten Stellplätzen, erheblicher Parkdruck für die Allgemeinheit und keine zumutbaren Ausweichmöglichkeiten.

Frau Hertel erläuterte die aktuelle Bestandserhebung; es seien 7 Untersuchungsbereiche gebildet worden, in den Bereichen II (Auf der Papagei) und V (Adolf-Kolping-Platz) seien die Voraussetzungen für eine Bewohnerparkregelung nicht gegeben.

Untersuchungsbereich I (Zange):

Der Beschluss wurde in der letzten Sitzung des Planungsausschusses gefasst.

Untersuchungsbereich III (Kronprinzenstraße):

Eine Erweiterung des Bereichs um Teile der Cecilienstraße und der Tönisbergstraße sei möglich, die Voraussetzungen lägen für die Goethestraße nicht vor.

Untersuchungsbereich IV (Driesch, Ernststraße):

Bewohner der Luisenstraße hätten einen Antrag auf Einrichtung einer Bewohnerparkregelung gestellt. Da dort viele Geschäfte angesiedelt seien, sei dies nicht empfehlenswert. Auch in der Ernststraße seien keine Kapazitäten vorhanden. Die Einrichtung einer Bewohnerparkregelung in Teilen der Aggerstraße und Mittelstraße sei möglich. Die Ausweitung des Geltungsbereiches für die Gartenstraße sehe die Verwaltung eher kritisch.

Untersuchungsbereich VI (Siegfeldstraße, Hopfengartenstraße):

Der Bereich umfasst die Südstraße, die Siegfeldstraße und weitere Nebenstraßen. Bewohner hätten eine Ausweitung des Bewohnerparkrechtes auf 24 Stunden beantragt. Die Ausdehnung des Bereichs auf die Straßen Fasanenfeld, In der Höhnerlaach, Alfred-Keller-Straße und Hopfengartenstraße werde geprüft. Das Bewohnerparkrecht im Bereich der Straße „An der Herrenwiese“ werde aufgrund der fehlenden Voraussetzungen überprüft.

Untersuchungsbereich VII (Tiefgarage Nogenter Platz):

Für die Tiefgarage Nogenter Platz sei die Einrichtung des Bewohnerparkrechtes durch Anlieger beantragt worden. Aus fachlicher Sicht sei dies grundsätzlich denkbar.

Der Planungsausschuss stimmte der von der Verwaltung vorgestellten Vorgehensweise zur Überarbeitung des Bewohnerparkkonzeptes einvernehmlich zu.

Anlage 2: Präsentation

12.2.	Plan für einen barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen und für die Errichtung von Wartehäuschen an allen Bushaltestellen <ul style="list-style-type: none"> • Zwischenergebnisse zu weiteren ausgewählten Haltestellen in Bezug auf das Schreiben der Liberalen Senioren vom 26.02.2013 	KM
--------------	--	-----------

Herr Halft, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass viele Haltestellenschilder zugewachsen seien und freigeschnitten werden sollten.

Herr Haas, FDP-Fraktion, erklärte, dass die Errichtung von Wartehallen oftmals am Lichtraumprofil der Busse scheitere, jedoch könnten die betroffenen Haltestellen auch um wenige Meter verlegt werden; dann seien Wartehallen möglich.

Herr Bürgermeister Huhn wies darauf hin, dass die Verlegung von Haltestellen oftmals auf Widerstände treffe.

Frau Guckelsberger erläuterte, dass im Zusammenhang mit dem barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen die von der FDP aufgezeigten Mängel – soweit möglich – berücksichtigt würden.

12.3.	Sonstiges	III / 61
--------------	------------------	-----------------

Herr Halft, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand zu den von der CDU-Fraktion beantragten Prüfaufträgen zur Verbesserung der Fahrradmobilität.

Frau Guckelsberger führte aus, dass in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses ein Zwischenbericht erfolgen werde.

13.	Flüchtlingsunterkünfte <ul style="list-style-type: none"> • Sachstand 	III / 61
------------	--	-----------------

Herr Bürgermeister Huhn führte aus, dass Flüchtlinge in Siegburg dezentral untergebracht würden, dies sei auch weiterhin beabsichtigt. Am 24.11.2015 sei die Zahl der dauerhaft zugewiesenen Flüchtlinge von 330 auf 375 gestiegen; die Kapazität der Erstaufnahmeeinrichtung im Schulzentrum Neuenhof sei auf 260 Personen erhöht worden; nach Auskunft der Bezirksregierung Köln werde die Erstaufnahmeeinrichtung Ende Februar geschlossen, danach sei innerhalb von 5 Wochen mit 260 Zuweisungen zu rechnen; die weitere Entwicklung könne nicht vorgesehen werden.

Der Ausbau des Gebäudes Haufeld inklusive des Turnhallengebäudes sei für die Unterbringung von Flüchtlingen wichtig, insgesamt könnten dort bis zu 360 Personen untergebracht werden. Alle in dem Gebäude angesiedelten Vereine wurden zwischenzeitlich angeschrieben; Alternativstandorte seien angeboten worden.

Als weitere mögliche Unterbringungsstandorte nannte Herr Bürgermeister Huhn das Objekt Siegdamm, dass im Dezember 2015 fertiggestellt werde und Platz für bis zu 150 Personen biete; dass ehemalige Schwesternwohnheim in dem bis zu 230 Flüchtlinge untergebracht werden können und das ehemalige Waldhotel Grunge im Stadtteil Kaldauen.

Auch die Flächen neben dem Schulzentrum Neuenhof, der Sportplatz an der Waldstraße und ein privates Grundstück an der Frankfurter Straße würden hin-

sichtlich der Errichtung von Holzkonstruktionen untersucht. Die gesamte Verwaltung arbeite mit Hochdruck und dem Einverständnis der Anlieger der Grundstücke an der Umsetzung von Lösungen.

Ebenso werde die Integration der Flüchtlingsgäste vorangetrieben; im Bereich der Grundschulen werden acht Internationale Klassen, am Gymnasium Alleestraße im Januar eine und am Anno-Gymnasium nach den Oster-/Sommerferien eine Internationale Klasse eingerichtet.

Eine große Anzahl ehrenamtlicher Helfer sei in die Betreuung der Flüchtlinge eingebunden.

Herr Keller sprach für die SPD-Fraktion Respekt für die Arbeit des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung aus und erkundigte sich nach der weiteren Nutzung der Mehrfachsporthalle am Schulzentrum Neuenhof.

Herr Bürgermeister Huhn führte aus, dass die Nutzung der Mehrfachhalle am Schulzentrum Neuenhof ggfs. als Pufferlösung bis zur Fertigstellung der Bauprojekte dienen müsse. Auch sei aufgrund eines aktuellen Gutachtens die Halle für Ballsportarten nicht nutzbar. Nach der Beendigung der Nutzung für die Unterbringung von Flüchtlingen solle die Sanierung der Hallendecke, die rund 330.000 € kosten werde, erfolgen.

Herr Diederich, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass während einer Bürgerinformationsveranstaltung angekündigt worden sei, dass das Gebäude Siegdamm in 50er Schritten belegt werde.

Herr Bürgermeister Huhn führte aus, dass aufgrund des hohen Flüchtlingsaufkommens in dem Gebäude sofort bis zu 150 Flüchtlinge untergebracht werden sollen.

Herr Halft, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, ob die beabsichtigten Holzhäuser die gleichen wie in Ahrweiler seien.

Herr Bürgermeister Huhn führte aus, dass es eine Vielzahl von verschiedenen Angeboten auf dem Markt sei. Bei der Auswahl werde Wert auf Dauerhaftigkeit gelegt.

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erkundigt sich nach den Vertragsinhalten über die Anmietung des Schwesternwohnheims.

Herr Bürgermeister Huhn sagte eine Beantwortung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu.

Der Planungsausschuss nahm zustimmend Kenntnis.

14.	Entwicklung der Abtei • Sachstand	III / 61
------------	---	-----------------

Herr Bürgermeister Huhn informierte den Planungsausschuss, dass der Rohbau des Anbaus fertiggestellt und am 29.10.2015 ein Richtfest gefeiert wurde. Der kleinere Kran wurde bereits abgebaut, die Übergänge zwischen Alt- und Neubau wurden hergestellt.

Herr Becker, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass das Vorgehen des Katholisch Sozialen Institutes im Zusammenhang mit der Entfernung des Chorgestühls der Kirche zu berechtigter Kritik geführt habe. Er bat Herrn Bürgermeister Huhn, bei den Verantwortlichen des Katholisch Sozialen Instituts und des Erzbistums Köln hierauf hinzuweisen.

Herr Halft, Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und **Herr Stauch**, SPD-Fraktion, schlossen sich diesen Ausführungen an.

Herr Bürgermeister Huhn wies darauf hin, dass auch die Verwaltung über diese Maßnahme nicht informiert worden sei.

Der Planungsausschuss nahm Kenntnis.

15.	Städtebauliche Projekte und aktuelle Bauvorhaben • Sachstand	III / 61
------------	--	-----------------

Herr Bürgermeister Huhn informierte den Planungsausschuss über folgende städtebauliche Projekte und aktuelle Bauvorhaben:

Kita Zange:

Es entstehe eine 4-gruppiger Kindertagesstätte mit einer Nutzfläche von 790 m². Darin enthalten sei ein großer Mehrzweckraum, der auch von den Zanger Bürgern genutzt werden könne. Die Fertigstellung sei für Frühjahr 2016 geplant.

Kita Frankfurter Straße:

Insgesamt werde eine Fläche von 300 m² angebaut und die vorhandenen Räumlichkeiten grundsaniert. Die Fertigstellung des ersten Bauabschnittes sei für Mitte Januar 2016 und des zweiten Bauabschnittes für Ende April 2016 geplant.

Kaiserstraße 134-136:

Es entstehen 17 Wohnungen; die alte Fassade wurde originalgetreu wieder aufgebaut und in die neue Fassade integriert.

Wohnbebauung Mühlengrabenquartier:

Die Rohbauten entstehen zurzeit entlang des Mühlengrabens, geparkt werde künftig in einer Tiefgarage.

Minoritenviertel II:

Es entstehen 24 Wohnungen als Pendant zur bereits bestehenden Bebauung. Die Stellplätze sind in der erweiterten Tiefgarage untergebracht. Der Rohbau sei abgeschlossen; nun erfolge der Innenausbau.

Seidenbergschule:

Die Rohbauten der acht Doppelhäuser entlang der Seidenbergstraße wurden fertiggestellt. Im rückwärtigen Bereich wurden fünf freistehende Einfamilienhäuser genehmigt.

H&M:

Die Eröffnung der knapp 2.000 m² großen H&M-Filiale erfolge voraussichtlich im Frühjahr 2016. Das Richtfest wurde am 12.11.2015 gefeiert; der Rohbau wurde fertiggestellt und der Baukran entfernt. Über dem Geschäft entstehen neun Wohnungen mit Stellplätzen im Gebäude, anzufahren über die Bergstraße. Die Baustellenabwicklung erfolgte bislang ohne nennenswerte Auswirkungen auf die Innenstadt.

Bahnhofstraße 5

Durch die Eröffnung des Geschäftes „Pink Circle“ (Schmuck-Waren) erfolgte eine weitere Aufwertung der Bahnhofstraße.

16.	Huma Erweiterung, Sankt Augustin • Sachstand	III / 61
------------	--	-----------------

Herr Bürgermeister Huhn informierte den Planungsausschuss, dass die Verhandlung am 1.12.2015 um 11 Uhr vor dem OVG Münster erfolge.

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN führte aus, dass der Einzelhandelsstandort Siegburg seines Erachtens nach keine Angst vor dem neuen HUMA haben müsse.

Der Planungsausschuss nahm Kenntnis.

17.	Bekanntgaben der Verwaltung	
------------	------------------------------------	--

Es erfolgten keine Bekanntgaben.

18.	Verschiedenes	III / 61
------------	----------------------	-----------------

Auf Nachfrage von **Herrn Kirli**, SPD-Fraktion, führte **Herr Bürgermeister Huhn** aus, dass kein neuer Sachstand zum Jugendtaxi in Sankt Augustin bekannt sei.

Herr Halft, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, wann der jüdische Friedhof wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde und nach den Bauarbeiten an der Brücke Alfred-Keller-Straße.

Frau Guckelsberger führte aus, dass auf dem jüdischen Friedhof umfangreiche Maßnahmen erforderlich seien; Planung und Finanzierung erfolge im Jahr 2016. An der Brücke würden Gewährleistungsarbeiten vollzogen, die weiter andauern würden.

19.	Einwohnerfragestunde	III / 61
------------	-----------------------------	-----------------

Frau Schulte wies auf eine Stellplatzsatzung der Stadt Frankfurt hin und erkundigte sich, ob entsprechende Regelungen auch in Siegburg möglich seien.

Frau Guckelsberger führte aus, dass die in der Satzung getroffenen Regelungen in Nordrhein-Westfalen durch die Landesbauordnung als Gesetz getroffen worden seien.

Herr Pick erkundigte sich nach dem Sachstand der Klage gegen den Nachtflug und wies auf veränderte Flugrouten hin. Er wolle einen Ingenieur mit Messungen beauftragen.

Herr Bürgermeister Huhn wies darauf hin, dass der Klageweg weiter verfolgt werde; angestrebt werde eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.

**Niederschrift über die Sitzung des Planungsausschusses der Kreisstadt Siegburg am
25.11.2015**

Ende der öffentlichen Sitzung.
Presse und Zuhörer verließen den Sitzungssaal.